

# Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel: Einleitung und Gang der Untersuchung	21
A. Einführung in die Problematik	21
B. Ziel der Arbeit	23
C. Gang der Untersuchung	24
Zweites Kapitel: Hintergrund und Schutzgut des § 258 Abs. 1 StGB	27
A. Historie der strafbaren Strafvereitelung	27
B. Deliktsnatur des § 258 StGB	29
C. Das von § 258 Abs. 1 StGB geschützte Rechtsgut	30
I. Der Schutz der staatlichen Strafrechtspflege	30
II. Der Schutz des staatlichen Straf- bzw. Sanktionsanspruchs	31
III. Insbesondere: Rechtsgeltungstheorie; Verfolgung auch präventiver Zweck	31
IV. Argumentation und Streitentscheid	33
1. Schutz auch präventiver Zwecke	33
2. Schutz der Rechtsgüter der Primärnormen bzw. der durch die Vortat betroffenen Rechtsgüter	35
3. Schutz der Strafrechtspflege, des Strafanspruchs oder der Sanktionsbefugnis?	39
4. Ergebnis	41
Drittes Kapitel: Überblick über den Straftatbestand des § 258 Abs. 1 StGB	43
A. Objektiver Tatbestand des § 258 Abs. 1 StGB	43
I. Rechtswidrige Tat (Vortat)	43
1. Anforderungen an die Vortat	43
2. Vorliegen aller Prozessvoraussetzungen	44
3. Strafbarkeit der Vortat zum Zeitpunkt der Aburteilung	45
II. Strafe oder Maßnahme nach § 11 Abs. 1 Nr. 8 StGB	47
III. Begünstigter	47

IV. Vereitelungserfolg	48
1. Gänzliche Vereitelung	49
a) Endgültige Vereitelung	49
b) Zeitliche Verzögerung der Ahndung	49
aa) Vereitelung bei geraumer Verzögerung	49
bb) Vereitelung bei jeder Verzögerung	50
cc) Vereitelung nur bei endgültiger Verhinderung	50
dd) Argumentation und Streitentscheid	51
2. Teilweise Vereitelung	53
V. Vereitelungshandlung	54
VI. Kausalität	54
1. Anforderungen an die Kausalität	54
2. Schwierigkeit des Nachweises in der Praxis	56
VII. Objektive Zurechnung	57
B. Subjektiver Tatbestand	57
C. Abgrenzung Täterschaft und Teilnahme	58
I. Voraussetzungen einer unmittelbaren Täterschaft:	
Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	59
1. Anwendung der allgemeinen Beteiligungsvorschriften	59
a) Extensiver Täterbegriff	60
b) Restriktiver Täterbegriff	61
2. Bestimmung der Täterschaft nach <i>Frisch</i>	62
3. Sonderbeurteilung des Strafverteidigers	64
II. Voraussetzungen einer unmittelbaren Täterschaft:	
Argumentation und Streitentscheid	65
1. Ablehnung der Sonderbeurteilung des	
Strafverteidigers	65
2. Ablehnung der Ansicht <i>Frischs</i>	66
3. Ablehnung eines extensiven Täterbegriffs	66
III. Mittelbare Täterschaft bei der Beteiligung an der	
Selbstbegünstigung des Vortäters	69
1. Tatbestandslosigkeit der Selbstbegünstigung	70
2. Notstandsähnliche Lage des Vortäters	75
3. Schuldausschluss gemäß § 35 Abs. 1 StGB	77
4. Verfahrensbezogenes Defizit des Beschuldigten	78
5. Keine besondere Pflichtenstellung des	
Strafverteidigers	79
IV. Ergebnis	80

Viertes Kapitel: Rechtlich missbilligte Gefahrschaffung	83
A. Strafverteidiger als Individualverteidiger	84
I. Berufsbild und Rechtsstellung	85
1. Organtheorie	85
a) Grundthese	86
b) Eingeschränkte Organtheorie	88
2. Parteiinteressenvertretertheorien	89
a) Extreme Parteiinteressenvertretertheorie	89
b) Autonomieprinzip nach <i>Welp</i>	90
3. Vertragstheorie	90
4. Verfassungsrechtlich-prozessuale Ansätze	92
5. Argumentation und Stellungnahme	93
a) Verteidiger kein Organ der Rechtspflege	94
b) Verteidiger kein Vertreter von Beschuldigteninteressen	97
c) Keine zivilrechtliche Bestimmung des Verteidigerberufs	101
d) Verfassungs- und Verfahrensrecht als richtiger Anknüpfungspunkt für Verteidigerrechte und -pflichten	102
e) Fazit	107
II. Feststellung rechtlich missbilligten Verteidigerverhaltens	108
1. Akzessorietät zum Prozessrecht	108
a) Bestimmung der Prozessrechtmäßigkeit in der Rechtsprechung	109
b) Bestimmung der Prozessrechtmäßigkeit in der Literatur	110
aa) Eingeschränkte Organtheorie	110
bb) Parteiinteressenvertretertheorien	111
2. Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme als entscheidendes Kriterium	112
3. Anknüpfung an das Vorliegen einer Prozesshandlung	112
4. Argumentation und Streitentscheid	113
a) Ablehnung der Organ- und Parteiinteressenvertretertheorien	113
b) Ablehnung der Abgrenzung anhand Täterschaft- und Teilnahmekriterien	113

c) Entkräftung der Kritik durch den verfassungsrechtlich-prozessualen Ansatz	115
d) Stellungnahme und Ergebnis	116
III. Sonderfall: Rechtsmissbrauch als Strafvereitelung	117
1. Rechtsmissbrauch ist stets tatbestandsrelevant	118
2. Rechtsmissbrauch ist nie tatbestandsrelevant	118
3. Nur „extremer“ Rechtsmissbrauch ist tatbestandsrelevant	120
4. Argumentation und Streitentscheid	120
a) Strafprozessuales Missbrauchsverbot	121
b) Strafrechtliche Erfassung rechtsmissbräuchlicher „Verteidigung“	122
aa) Argumentation	122
bb) Stellungnahme	123
IV. Ergebnis	126
B. Unternehmen und Unternehmensverteidiger	126
I. Unternehmen	127
1. Ausgangssituation	127
2. Verfahrensrechtliche Stellung des Unternehmens	128
a) Schweigerecht der juristischen Person	129
aa) Bundesverfassungsgericht über den Schutz juristischer Personen vor Selbstbezüglichungszwang	129
bb) Folgen der BVerfG-Rechtsprechung für die vorliegende Frage	130
cc) Einfachgesetzliche Regelung	130
(1) Darstellung der Ansichten	130
(2) Argumentation und Streitentscheid	131
b) Folgerungen für die allgemeine Rechtsstellung	133
aa) Heranziehung der Vorschriften zur Verfahrensbeteiligung des Nebenbeteiligten	134
bb) Beschuldigtenähnliche Stellung des Nebenbeteiligten	136
(1) Beschuldigtenähnliche Stellung im Kontext von § 97 StPO	136
(2) Beschuldigtenähnliche Stellung und die Strafprozessordnung	137

(3) Beschuldigtenähnliche Stellung und das Verfassungsrecht	139
cc) Ergebnis	140
II. Unternehmensverteidiger	141
1. Begriff des Unternehmensverteidigers	141
2. Stellung und Aufgabe des Unternehmensverteidigers	141
3. Kommunikation und Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden	144
4. Kritik an dem Begriff des Vertreters im Sinne des § 428 Abs. 1 StPO	145
C. Unternehmensanwalt	146
I. Stellung und Aufgabe des Unternehmensanwalts	146
II. Trennungsprinzip	147
D. Leitungsorgane des Unternehmens	149
I. Die gesellschaftsrechtliche Rolle des Leitungsorgans	149
1. Grundsätzliches	149
2. Pflicht zur Veranlassung einer unternehmensinternen Untersuchung	150
II. Die verfahrensrechtliche Rolle des Leitungsorgans	153
1. Eigene Betroffenheit	153
2. Organschaftliche Vertretung des Unternehmens im Verfahren	154
E. Ergebnis	155
Fünftes Kapitel: Privilegierung der Unternehmensbegünstigung	157
A. Begünstigung des Nebenbeteiligten als Strafvereitelung	157
B. Hintergrund der Straflosigkeit der Selbstbegünstigung durch den Vortäter	158
I. Schuldpsychologische Begründung	159
II. Schutzzweckorientierte Selbstbegünstigung	160
III. Konkurrenzrechtliche Begründung	161
IV. Straflosigkeit aus verfassungsrechtlichen Gründen	162
V. Ergebnis	163
C. Angehörigenprivileg	163
D. Selbstbegünstigung durch die nebenbeteiligte natürliche Person	164

E. Selbstbegünstigung bei dem nebenbeteiligten Unternehmen	164
I. Übertragbarkeit der Begründungsansätze	164
1. Übertragbarkeit des schuldpsychologischen Begründungsansatzes	164
a) Zwangslage des Unternehmensvertreters wie beim Vortäter	164
b) Zwangslage des Unternehmensvertreters wie beim Angehörigen, § 258 Abs. 6 StGB	166
c) Ergebnis	167
2. Übertragbarkeit der Schutzzweckerwägungen	167
3. Übertragbarkeit der konkurrenzrechtlichen Begründung	171
4. Übertragbarkeit der verfassungsrechtlichen Begründung	172
II. Unternehmensvertreter als Gesellschafter einer Personengesellschaft	172
1. Gesellschaftsrechtliche Haftung auch für die Einziehung	173
2. Übertragbarkeit der Begründungsansätze	174
a) Übertragbarkeit des schuldpsychologischen Begründungsansatzes	174
b) Übertragbarkeit der übrigen Begründungsansätze	176
3. Ergebnis	176
III. Verletzung des Art. 3 Abs. 1 GG	177
1. Zulasten des Unternehmens	177
2. Zulasten des Unternehmensvertreters	178
IV. Ergebnis	178
F. Analoge Anwendung von § 258 Abs. 5 StGB auf die Verbandsgeldbuße	179
Sechstes Kapitel: Fallgruppen: Grenzen der Unternehmensverteidigung	181
A. Tatbestandsmäßigkeit der Lüge	181
I. Lügerecht des Individualbeschuldigten	182
1. Verneinung eines Lügerechts für den Individualbeschuldigten	183
2. Bejahung eines Lügerechts für den Individualbeschuldigten	183

3. Argumentation und Streitentscheid	183
a) Argumentation	184
aa) Strafrechtliche Relevanz bestimmter Lügen	184
bb) Fehlende Belehrungspflicht	185
cc) Beweisrechtliche Irrelevanz des Aussageverhaltens des Beschuldigten	186
dd) Absicherung der Lüge durch Art. 103 Abs. 1 GG	187
ee) „Recht auf Lüge“ aus „nemo tenetur“-Prinzip	188
b) Streitentscheid	189
II. Lügerecht des Unternehmens	192
1. Prüfung eines prozessualen Lügerechts auf der Grundlage der herrschenden Meinung	192
2. Prüfung eines prozessualen Lügerechts auf der Grundlage der Mindermeinung	192
a) Ableitung des Lügerechts aus der Verfassung	193
aa) Ableitung aus Art. 103 Abs. 1 GG	193
bb) Ableitung aus dem „nemo tenetur“-Prinzip	194
b) Ableitung aus der „beschuldigtenähnlichen Stellung“ des Unternehmens	194
aa) Ablehnung eines Lügerechts für Unternehmen	195
bb) Bejahung eines Lügerechts für Unternehmen	196
3. Ergebnis	197
III. Lügerecht des Unternehmensverteidigers	197
1. Bejahung eines Lügerechts für den Verteidiger	198
a) Jede Lüge prozessual zulässig	199
b) Differenzierender Ansatz	199
2. Argumentation und Streitentscheid	200
a) Wahrheitspflicht und Lügeverbot als Grundsatz	200
b) Rat zur Lüge	202
c) Stellungnahme des Verteidigers zur Einlassung des Beschuldigten	204
d) Beweiswürdigung	205
3. Übertragung des Ergebnisses auf den Unternehmensverteidiger	207
a) Fehlendes Lügerecht	207
b) Fehlende Privilegierung der Unternehmensbegünstigung	207

4. Zwischenergebnis	208
IV. Ergebnis	208
B. Benennung eines zur Falschaussage entschlossenen Zeugen	209
I. Bisheriger Stand in Rechtsprechung und Literatur	209
1. Kenntnis des Verteidigers über Falschaussage unschädlich	210
2. Kenntnis des Verteidigers über Falschaussage schädlich	210
3. Argumentation und Streitentscheid	211
a) Wahrheitspflicht des Verteidigers	211
b) Eigenverantwortlichkeit des Zeugen und Würdigungspflicht des Gerichts	212
c) Beweisantragsrecht	214
d) Ergebnis	219
II. Folgen für den Unternehmensvertreter und den Unternehmensverteidiger	220
C. Aufbau eines Lügenkonstrukts	220
I. Mittäterschaftliche Begehung durch Unternehmensverteidiger und Unternehmensvertreter	221
1. Rat zur Lüge	221
2. Über den Rat hinausgehende Mitwirkung bei der Lüge	221
a) Unmittelbare Täterschaft	221
b) Mittäterschaft	222
aa) Grundsätzlich keine Mittäterschaft	222
bb) Wesentlicher Aufbau des Lügenkonstrukts	224
II. Mittäterschaft und mittelbare Täterschaft bei Beeinflussung eines Arbeitnehmers	225
1. Rat zur Lüge	226
a) Grundsatz	226
b) Anstiftung und Benennung als Mittäterschaft	227
aa) Prozessrechtswidrigkeit der Benennung	227
bb) Vorbereitungsstadium	228
(1) Versuchsbeginn durch Einführung	228
(2) Einführung als Vorbereitungshandlung	229
(3) Streitentscheid und Folgen für § 25 Abs. 2 StGB	230



2. Über den Rat und die Benennung hinausgehende Mitwirkung bei der Lüge	231
a) Mittäterschaft	231
b) Mittelbare Täterschaft	232
D. Einführung von Untersuchungsberichten	234
I. Einführung unrichtiger Beweismittel	235
1. Stand in Rechtsprechung und Literatur	235
a) Einführung unrichtiger Beweismittel bei direktem Vorsatz unzulässig	235
b) Einführung unrichtiger Beweismittel stets zulässig	236
2. Stellungnahme	236
a) Beweisantragsrecht	236
b) Ausnahme: Insbesondere Herstellung unrichtiger Beweismittel oder Verwendung unechter bzw. verfälschter Urkunden	240
II. Einführung von Falschaussagen wiedergebenden Untersuchungsberichten	241
1. Einführung	241
2. Bezugnahme	243
III. Ergebnis	244
E. Unzugänglichmachung von Unterlagen aus unternehmensinternen Untersuchungen	246
I. Darstellung von <i>Trüg/Ulrich</i>	248
1. Speicherung von Daten auf Servern im Ausland	248
a) Judikatur zu zulässigem Verteidigerverhalten und Übertragbarkeit	249
b) Gleichstellung international und national niedergelassener Kanzleien	250
c) Keine Rechtspflicht zum Bereithalten mandatsbezogener Unterlagen zum Zwecke der Strafverfolgung	251
2. Löschung der Daten in Deutschland	251
a) Zweck der Löschung	251
b) Löschung als „aktive“ Handlung	252
3. Ergebnis	253

II. Stellungnahme	253
1. Herstellung von Beweismitteln	253
a) Speicherung auf ausländischen Servern als erstmalige Herstellung von Beweismitteln	254
b) (Garanten-)Pflicht zur Herstellung zugriffsgeeigneter Beweismittel	255
c) Ergebnis	257
2. Vernichtung von Beweismitteln	257
a) Grundsatz: Verbot der Beschlagnahmevereitelung	258
b) Ausnahme: Interne Untersuchungsunterlagen	260
aa) Wertung des § 95 Abs. 2 S. 2 StPO	261
bb) Fehlende Offenlegungspflicht	262
cc) Zivilrechtliche Berechtigung	262
dd) Besonderheiten einer unternehmensinternen Untersuchung	263
(1) Anwaltliche Wahrheitspflicht gemäß § 43a Abs. 3 BRAO	264
(2) Zweck der Löschung	264
(3) Behinderung der unternehmensinternen Untersuchung	266
(4) Behinderung der Verteidigungsvorbereitung	267
(5) Herstellung zur temporären Aufbewahrung	268
(6) Vergleich mit Speicherung auf ausländischen Servern von vornherein	269
(7) Fortbestehen der ursprünglichen Erkenntnisquellen	269
c) Ergebnis	270
aa) Fazit	270
bb) Anwendung auf Fälle 3 und 4	271
F. Nichtbefolgung von sog. Datenlieferungsvereinbarungen	272
I. Begriff und Zustandekommen einer Datenlieferungsvereinbarung	273
II. Anknüpfungspunkt der Tathandlung	274

III. Tathandlung: Vereinbarung der Datenlieferungsvereinbarung	275
1. Abschluss der Datenlieferungsvereinbarung als strafrechtlich relevanter Vorwurf?	275
a) LG Frankfurt – 5/2 Qs 37/13	275
b) Abwendung der Durchsuchung als erlaubte Verteidigung?	277
aa) Wertung des § 112 Abs. 2 Nr. 3 lit. a StPO	277
bb) Verstoß gegen Lügeverbot	278
2. Bestimmung des tatbestandsmäßigen Vereitelungserfolgs	280
IV. Tathandlung: Loslösung von Datenlieferungsvereinbarung	282
1. Garantenstellung kraft Gesetzes	283
2. Garantenstellung aus Vertrag	284
a) Regelungsinhalt	285
b) Rechtsfolgen der Datenlieferungsvereinbarung	285
aa) Einführung in das Problem und Erkenntnisse aus der Literatur	286
bb) Stellungnahme	287
(1) Entgegenstehender Wille des Staatsanwalts unbeachtlich und fehlende Dispositionsbefugnis	287
(2) Maßgeblichkeit der Strafprozessordnung	289
(3) Unvorhersehbarkeit des Strafverfahrens und Beschneidung des Verteidigungsrechts	290
(4) Bindungswirkung aufgrund des Fair-Trial-Prinzips	291
(5) Ergebnis	292
3. Garantenstellung aus tatsächlicher Übernahme	293
a) LG Frankfurt	293
b) Auffassung in der Literatur	293
c) Argumentation und Stellungnahme	294
aa) Argumentation des LG Frankfurt	294
bb) Argumentation in der Literatur	294
cc) Kritik	295

dd) Eigene Begründung	296
(1) Möglichkeit einer Garantenstellung aus tatsächlicher Gewährrübernahme	296
(2) Allgemeine Voraussetzungen	297
(3) Handeln für das Unternehmen	297
(4) Schutzpflichten gegenüber den Rechtsgütern des § 258 Abs. 1 StGB	298
(a) Datenlieferungsvereinbarung kein rechtsverbindlicher Vertrag	298
(b) Übernahme begrenzter Schutzpflichten zur Kompensation des mit einer Datenlieferungsvereinbarung einhergehenden Risikos	299
(c) Garantenpflichten im Hinblick auf § 258 Abs. 1 StGB	302
(5) Einschränkung bei drohender Selbstbelastung	303
(a) Selbstbelastung des Unternehmensverantwortlichen	303
(b) Selbstbelastung des Unternehmens	304
(6) Kreis der Garantenpflichtigen	306
d) Folgen für die Löschung von Daten aus unternehmensinternen Untersuchungen	308
e) Ergebnis	308
4. Garantenstellung aus Ingerenz	309
a) Pflichtwidrige Beeinträchtigung des durch die Vortat geschützten Rechtsguts	310
b) Datenlieferungsvereinbarung	310
V. Übertragung der Ergebnisse auf den Unternehmensverteidiger bzw. -anwalt	311
1. Beweismittel im Gewahrsam des Unternehmens	311
2. Beweismittel im Gewahrsam des Unternehmensverteidigers bzw. -anwalts	312
G. Zusammenfassung: Thesen	312
Literatur- und Quellenverzeichnis	317